

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Graf von Waldburg-Zeil, Oswald, Daweke, Schemken, Dr.-Ing. Kansy, Magin, Schwarz, Seesing, Jäger, Nelle, Frau Augustin, Dr. Blank, Börnsen (Bönstrup), Carstensen (Nordstrand), Fuchtel, Ganz (St. Wendel), Dr. Grünewald, Günther, Hedrich, Frau Dr. Hellwig, Herkenrath, Hinsken, Hornung, Jung (Limburg), Keller, Krey, Frau Limbach, Lowack, Maaß, Regenspurger, Frau Rönsch (Wiesbaden), Ruf, Frau Schätzle, Spilker, Dr. Uelhoff, Frau Dr. Wisniewski und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Neuhausen, Dr. Thomae, Dr.-Ing. Laermann, Nolting und der Fraktion der FDP
— Drucksache 11/7940, 11/8282 —

Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des
Bundesausbildungsförderungsgesetzes (13. BAföGÄndG-E)

Bericht der Abgeordneten Frau Dr. Wegner, Frau Rust, Frau Männle und
Frau Seiler-Albring

Mit dem Gesetzentwurf ist beabsichtigt, die Förderung des Besuchs von berufsqualifizierenden Berufsfachschulen auszudehnen. Der Gesetzentwurf sieht vor, rückwirkend vom 1. August 1990 Schüler in Bundesländern mit neunjähriger allgemeinbildender Schulpflicht bereits vom Beginn des Berufsfachschulbesuchs in die Förderungsfähigkeit nach dem BAföG einzubeziehen.

Der Gesetzentwurf verursacht im laufenden Haushaltsjahr Mehrausgaben in folgender Höhe:

Bund	4,55 Mio. DM
Länder	2,45 Mio. DM
Gesamt	7,00 Mio. DM

In den Folgejahren führt der Gesetzentwurf zu jährlichen Mehrausgaben des Bundes von 11,05 Mio. DM. Die Bundesländer werden mit jährlichen Mehraufwendungen von 5,95 Mio. DM belastet.

Die im Haushaltsjahr 1990 entstehenden Mehrausgaben des Bundes sind bei Kapitel 31 03 Titelgruppe 01 zu erwirtschaften. Für 1991 sind die Mehraufwendungen im Entwurf des Bundeshaushalts 1991 zu berücksichtigen. Für die Folgejahre ist die Finanzplanung des Bundes entsprechend fortzuschreiben.

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht wird unter dem Vorbehalt erteilt, daß der federführende Ausschuß für Bildung und Wissenschaft keine Änderungen mit wesentlichen haushaltsmäßigen Auswirkungen empfiehlt.

Bonn, den 10. Oktober 1990

Der Haushaltsausschuß**Walther**

Vorsitzender

Frau Dr. Wegner

Berichterstatter

Frau Rust**Frau Männle****Frau Seiler-Albring**